

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

Hört auf die Botschaft – Hört auf, die Botschafter wegzusperren!

Warum blockiert die Letzte Generation jetzt in Bayern? Weil in Bayern Klima- und Umweltschutz bestenfalls verbal Priorität hat.

Und das, obwohl die Bayerische Verfassung in Artikel 3 sagt:

(1) ¹Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. ²Er dient dem Gemeinwohl.

(2) ¹Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen.

Was aber folgt daraus?

Bayern: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Bayern und seine Politiker beschwören die Schönheit des Landes ebenso wie den wirtschaftlichen Reichtum. In der Präambel zum Koalitionsvertrag schreibt die jetzige Staatsregierung:

„Bayern geht es gut. Unsere Wirtschaft ist außerordentlich erfolgreich, wir leben im sichersten Land Deutschlands und das bayerische Lebensgefühl ist einzigartig. Aus dieser Position der Stärke heraus werden wir die Fragen der Zukunft angehen und Probleme lösen.“

Und in den Leitlinien heißt es weiter:

„Dafür machen wir den Freistaat nachhaltiger, moderner und ökologischer. Wir legen noch mehr Augenmerk auf die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere gesamte Politik richten wir noch stärker auf die Bewahrung der Schöpfung aus.“

Aber: Die Zusagen orientieren sich nicht an den Empfehlungen der Wissenschaft:

Temperaturen in Bayern sind bereits überdurchschnittlich gestiegen: Während wir weltweit bei 1,2 Grad liegen, liegt Bayern 1,9 Grad über dem vorindustriellen Zeitalter, Erhöhungen auf 4,8 Grad heißere Sommer zum Ende des Jahrhunderts sind eine Möglichkeit.

Der Temperaturanstieg geht einher mit sinkenden Niederschlägen und Grundwasserspiegeln. Deshalb gibt es schon jetzt Versorgungsengpässe mit Trinkwasser, in Franken werden die ersten Weinberge nicht mehr bewirtschaftet. Wasser wird bald wertvoller als Öl, weiß auch Ministerpräsident Söder.

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

Bayern: Das Land der großen Worte und kleinen Taten

Aber halt, werdet ihr sagen: Bayern will bis 2040 klimaneutral sein – 5 Jahre früher als die Bundesrepublik.

Das stimmt, aber in Bayern wird viel versprochen. Dann aber hakt es bei der Umsetzung. Einige Beispiele:

Mobilitätswende: Im Koalitionsvertrag stand, dass in den großen Ballungsgebieten Bayern ein 365 Euro Ticket für den ÖPNV eingeführt werden soll. Darauf warten wir noch heute.

Artenschutz und Agrarwende: Nach dem Bienenvolksbegehren **2019** versprach Ministerpräsident Söder ökologischen Landbau auf 30% der bayerischen Flächen bis 2030. Davon sind wir weit entfernt – besonders zögerlich geht es bei den bayerischen Staatsgütern voran. Ähnlich sieht es bei den Mooren aus. Deren Renaturierung im staatlichen Besitz würde beim aktuellen Tempo 260 Jahre dauern.

Klimaschutz: Das erste Bayerische Klimagesetz überlebte gerade einmal 4 Monate. Als das Bundesverfassungsgericht sein Klimaurteil fällte kassierte Ministerpräsident Söder es umgehend und versprach ein überarbeitetes, dann aber wirklich Deutschlands modernstes Klimagesetz. Ja, die überarbeitete Version enthält ehrgeizige Ziele, aber zu wenig Konkretes, wie denn die Ziele erreicht werden sollen. Es enthält zudem Rückschritte zum ersten Klimagesetz, etwa Wegfall der Solarpflicht für private Neu- und Umbauten oder des Solarkatasters.

Insbesondere bei der Energiewende hakt es: Für Markus Söder ist „Bayern Sonnenland“. Aber gerade 4% der staatseigenen Dächer haben Solaranlagen und selbst bei staatseigenen Neubauten verzichtet der Freistaat in über 85 Prozent der Fälle auf Solarzellen.

Noch größere Vorsicht ist angesagt, wenn Söder vom „Windkraft-Turbo“ spricht. Fakt ist, dass Bayern im Jahr 2022 ganze 14 und 2023 bislang 5 neue Windkraftanlagen in Betrieb nahm und 3 weitere genehmigte – damit liegt Bayern am Ende der bundesdeutschen Statistik.

Das Stichwort Statistik bringt uns zum nächsten wichtigen Punkt:

Bayern: Das Land der geschönten Statistiken

Eine problemangemessene Politik verlangt eine schonungslose Recherche von Fakten. Bayern rechnet sich jedoch gerne die Dinge schön:

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

Angeblich betragen die Emissionen in Bayern pro Kopf 6 Tonnen CO₂. Diese Größe bezieht sich aber nur auf den Energieverbrauch, die landwirtschaftlichen Emissionen sind nicht einberechnet. Das wäre aber wichtig, zumal Viehzucht Methan produziert, ein erheblich potenteres Treibhausgas als CO₂.

Oder: Zwar soll Bayern bis 2040 CO₂ neutral sein – Dabei steigen die Emissionen gerade, und zwar wegen des Verkehrssektors und dem Autoverkehr, der wiederum nach den Wahlprogrammen der regierenden Parteien weiter gefördert werden soll.

Oder: Zwar möchte die Staatsregierung bis 2023 klimaneutral sein. Dabei wusste sie vor zwei Jahren noch nicht einmal, wieviel Treibhausgase sie selbst produziert und musste erstmal den Sachbedarf ermitteln. Lediglich das Umweltministerium hat bereits eine Bilanz erstellt und kompensiert seinen Ausstoß durch Zertifikatezukauf in China.

Genau deshalb sind auch Markus Söders Statistiken bei Erneuerbaren Energien mit Vorsicht zu genießen:

Zugegeben: Schaut man nur auf die Quantität der in Bayern territorial erzeugte Energie ist die Statistik top. Nur reicht diese Energie nicht, um den Bedarf in Bayern zu decken, d.h. Bayern importiert Strom, der anderswo dreckig oder mit Atomenergie erzeugt wird. Würde man den importierten Strom Bayern zurechnen, wäre die Statistik deutlich schlechter.

Nimmt man die Quantität erzeugter erneuerbarer Energie korrekt in Relation auf Fläche, Bevölkerung und Verbrauch, so liegt Bayern irgendwo im hinteren deutschen Mittelfeld.

Bayern: Land mit Potenzial und Verantwortung

Bayern ist nicht irgendein Bundesland, sondern das [sechst-wirtschaftsstärkste Land in Europa](#) mit einem BIP von 610 Milliarden Euro. Wird hier die sozial-ökologische Transformation angegangen, erzeugt das Druck, und Erfolgsgeschichten machen Lust zur Nachahmung.

Bayern könnte Reallabore des Wandels fördern. Mutige und erfinderische Kommunen, die in ihrem Bereich Maßnahmen für die sozial-ökologische Transformation ausprobieren und umsetzen wollen. Stichwort: Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe, aber dann auch mit den nötigen finanziellen Mitteln!

Bayern ist ein reiches Land, Geld für die sozial-ökologische Transformation ist vorhanden und wäre seine Steuerverwaltung besser ausgerüstet, könnte

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

Bayern seine Einnahmen deutlich steigern, auch und gerade, was Kontrollen bei reichen Privatpersonen und Konzernen durch Betriebsprüfer oder Steuerfahnder betrifft.

Gerade weil Bayerns Wirtschaft weltweit vernetzt ist hat Bayern auch eine Verantwortung jenseits seiner Grenzen. Bayern ist nicht nur vom Energieimport abhängig, sondern vom Rohstoffimport. Diese Rohstoffe kommen zum großen Teil aus armen Ländern dieser Erde. Hier also hätte Bayern eigentlich eine große Verantwortung zur Ausgestaltung und Kontrolle seiner Lieferketten. Und doch hat die bayerische Staatsregierung alles Mögliche unternommen, um die Verpflichtungen nach dem Lieferkettengesetz über den Bundesrat auszuhebeln, was ihr zum Glück nicht gelungen ist.

Last not least sollte Bayern sich fragen, was sein Reichtum an Verpflichtung gegenüber den armen Ländern der Welt bedeutet. Seit 1992 verpflichten sich die reichen Länder der Welt, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Davon ist Bayern weit entfernt und sieht dafür gerade mal 10 Millionen Euro vor. Würde Bayern 0,7% seines Bruttoinlandsprodukts geben, wären das ca. 4,3 Milliarden Euro.

Bayern: Meister im Ignorieren und Abwehren

Die Bürger in Bayern haben durchaus Problembewusstsein. Sie sind bereit, schneller bei der sozial-ökologischen Transformation voranzukommen und ihren Beitrag zu leisten.

Zugleich haben sie es in Bayern schwer, mit herkömmlichen Mitteln wie Demonstrationen oder Petitionen ihrer Meinung gegenüber der Staatsregierung Gehör und Beachtung zu verschaffen.

Das zeigen die Ergebnisse des Bienenvolksbegehrens, des Radentscheids, der zwei erfolgreichen Nürnberger Bürgerentscheide für ein 365 Euro Ticket, oder meine Erfahrungen mit der Bayernplanpetition, dem Offenen Brief zur Forderung einer Aktuellen Stunde an den Landtag oder dem Bündnis WirTransformierenBayern.

Umso wichtiger sind Anstrengungen, das Thema unignorierbar auf der Tagesordnung zu halten. Wie es eben die Letzte Generation jetzt in Bayern versucht.

Und gerade hier ist hier die bayerische Reaktion besonders krass. Statt sich mit der wissenschaftlich gedeckten Botschaft auseinanderzusetzen werden die Botschafter weggesperrt. Luisa Neubauer brachte es am 22. Dezember 2022 auf

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

den Punkt: „In Bayern wurden in 2022 mehr als dreimal so viele Klimaaktivist:innen verhaftet wie Windräder aufgestellt.“

Freilich: Dieses Vorgehen mit Präventivgewahrsam, Allgemeinverfügung und Schnellverfahren hat die Letzte Generation bislang nicht von ihren Protesten abgeschreckt und wird dies auch jetzt nicht tun.

Am wichtigsten jedoch ist: Das Wegsperrn der Boten löst kein einziges der absehbaren und angesprochenen Probleme. Werden wir als Gesellschaft im Angesicht von Klimawandel und Artensterben nicht schleunigst angemessen aktiv, werden uns Extremwetter, Versorgungsengpässe und Migration später dazu zwingen.

Der Wunsch für ein zukunftsfähiges Bayern

Bayern könnte in vielem vorangehen und ein Mut machendes Beispiel für die sozial-ökologische Transformation sein.

Für den sozial-ökologischen Umbau von Bayern braucht es aber einen Ministerpräsidenten, der sich ehrlich den Fakten stellen und die Wünsche von Wirtschaft und Bevölkerung als demokratisches Mandat ernst nimmt. Der sich in öffentlicher Ansprache an die Bevölkerung richtet und sagt: „Zu lange haben wir angesichts des Klimanotstands gezögert und gewartet. Die Lage ist ernst. Nehmen auch Sie sie ernst. Ich verspreche hier und heute: Das wird ab sofort anders werden. Es ist höchste Zeit, aber: Noch schaffen wir das.“

Eine solche ehrliche Ansage würde das gesellschaftliche Bewusstsein bezüglich des Klimanotstands ebenso verändern wie die Bereitschaft zur Anpassung an denselben.

Ich komme zum Schluss:

Liebe AutofahrerInnen! Schimpft nicht über die DemonstrantInnen. Schimpft auf die PolitikerInnen, deren Ignoranz des Pariser Klimaschutzabkommens, des Karlsruher „Klimaurteils“ und des eignen Klimagesetzes unsere Blockade überhaupt erst nötig macht. UNS geht es um die Überlebensgrundlagen der Menschheit, die durch DEREN „Rechtsvergessenheit“ gefährdet werden! Macht Druck auf Regierung und Parlament – dann brauchts uns nicht!

Ich appelliere deshalb an die Bayerische Staatsregierung, die Parteien, die Medien, die Verbände und Vereine, die bayerische Bevölkerung:

Hört auf die Botschaft. Hört auf, die Botschafter wegzusperrn.

Sperrfrist bis 17. August 2023, 12 Uhr mittags.

Nehmen Sie diese Blockaden zum Anlass, um über die Klimakatastrophe und das zu sprechen, was noch dagegen getan werden kann. Alle sind wir BürgerInnen: Überlegen Sie sich Wege, das lebensbedrohliche fossile Weiter-So zu stoppen: Kaufboykott, Divestment, Streik, Wahlen – egal was. Nur: Tun Sie etwas und tun Sie es bald!

Bedenken Sie: Wir alle sind die erste Generation, die die Folgen des Klimawandel zu spüren bekommt. Und wir alle sind die letzte Generation, die daran noch etwas ändern kann.